Inhalt:

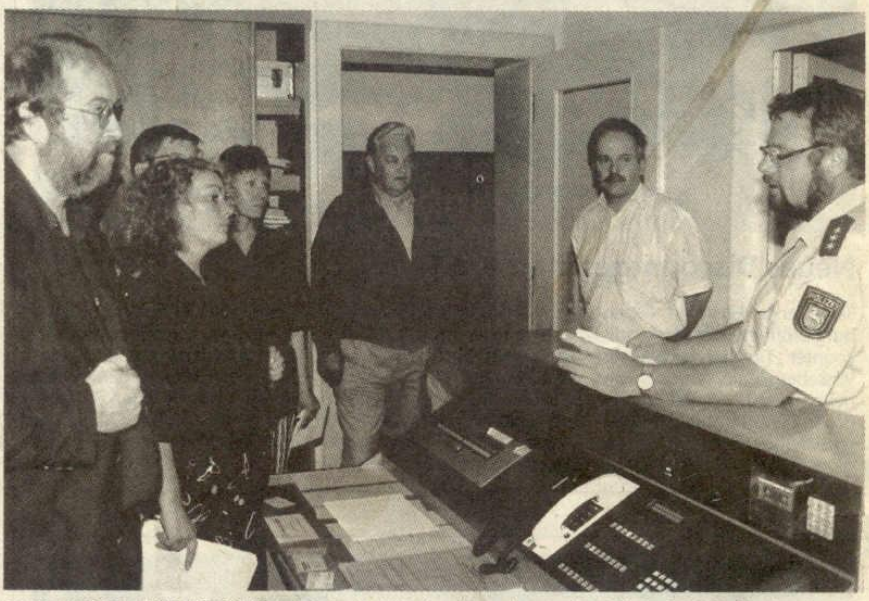
Besuch bei der Polizei	S. 01	SPD-Bootstour mit Gerhard Schröder	S. 04
Interview des Weckers mit Peter Raske	S. 03	Gegen Armut im Alter	S. 04

September 1997

Bei Straftaten Jugendlicher ist immer häufiger Alkohol im Spiel

SPD-Politiker zu Besuch bei der Polizei - Auch Eltern in der Verantwortung

Papenburg (ys) Entgegen der landläufigen Meinung und dem subjektiven Empfinden vieler Bürger hat sich die Kriminalitätsrate im Bereich des Polizeikommissariats Papenburg und der Inspektion Emsland nicht dramatisch erhöht. Bei einem Informationsbesuch der SPD-Landtagsabgeordneten Karin Stief-Kreihe (Meppen) am Mittwoch erklärten Kommissariatsleiter Hans-Henning von Dincklage und Carsten Denneburg von der Polizeiinspektion Emsland in Lingen, daß von einem allgemeinen, überproportionalen Anstieg bei der Zahl der Straftaten nicht die Rede sein könne. Es gebe allerdings Problemgruppen, die wiederholt auffällig würden und vor allem unter Alkoholeinfluß mit immer größerer Brutalität zu Werke gingen. Besonders bei Jugendlichen und Heranwachsenden im Alter zwischen 14 und 21 Jahren sei dies zu beobachten.



EINEN INFORMATIONSBESUCH stattete die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe (zweite von links) in Begleitung von Peter Raske, Toni Schippmann (stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender) und des Kreistagsmitglieds Ferdinand Saalfeld dem Kommissariat in Papenburg ab. Hans-Werner Gouterney und Polizeichef von Dincklage (von rechts) gaben den Gästen bei einem Rundgang einen Einblick in die tägliche Polizeiarbeit. Foto: Schulte

Der Anteil dieser Gruppe an den Tatverdächtigen sei mit 16 Prozent leider besonders hoch, so von Dincklage. Die immer wieder auch in der Bevölkerung kursierende These, hier handele es sich vor allem um Ausländer und Aussiedler, wollte der Polizeichef jedoch nicht stehen lassen. „Uns liegen auch gar keine verläßlichen Zahlen darüber vor, weil wir zum Beispiel die Straftaten von Aussiedlern nicht gesondert registrieren. Schließlich sind das deutsche Staatsbürger wie alle anderen auch." Um Vorurteilen aber endlich wirksam begegnen zu können, wäre aus Sicht des Polizeichefs die Erhebung solcher gesonderten Zahlen vielleicht doch hilfreich.

Ein echtes Problem ist aus Sicht der Polizeibeamten die verstärkt zu beobachtende Gruppen- und Cliquenbildung bei den einheimischen und auch ausländischen Jugendlichen, die sich von der herkömmlichen kommunalen oder kirchlichen Jugendarbeit nicht angesprochen fühlten. Bei diesen sei häufig auch exzessiver Alkoholkonsum festzustellen, was im Ergebnis zu Vandalismus, Diebstählen und auch Körperverletzungen führe. Diese Vorfälle trügen bei den Bürgern zu einem wachsenden Gefühl mangelnder Sicherheit bei, sagte von Dincklage. Die geforderten Gegenmaßnahmen wie größere Präsenz der Polizei auf den Straßen helfe aber allein wenig. „Das können wir mit unseren 75 Beamten hier im Kommissariat gar nicht leisten." Wichtiger sei eine qualifizierte Ermittlung, die Straftäter auch tatsächlich in Haft bringe. Darüber hinaus müsse der Bereich Prävention mehr in den Vordergrund rücken.

Dazu sind nach Ansicht der Polizei vor allem zwei Dinge erforderlich: Die Eltern müßten ihrer Verantwortung wieder in größerem Maße gerecht werden, gerade auch mit Blick auf den Konsum von Alkohol, der von vielen bedauerlicherweise gar nicht als Droge angesehen werde. Es sei nicht außergewöhnlich, daß den Sprößlingen vor einer Diskothekentour „zum Vorglühen" schon mal Bier oder auch schärfere Sachen bereitgestellt würden oder sie ungehindert Zugriff auf alkoholische Getränke im Hause hätten, so die Beamten. Des weiteren könne die Jugendarbeit noch erheblich verbessert werden. In Papenburg sei mit dem Jugendzentrum Wasserwerk zwar ein Anfang gemacht, aber längst noch nicht genug getan worden. Der seit 1995 bestehende „runde Tisch" aus Vertretern von Polizei, Stadtverwaltung, Drogenberatung und Jugendpflege könne ohne entsprechende finanzielle Mittel nicht das erreichen, was eigentlich zu wünschen wäre. Zudem sei eine Vernetzung solcher Projekte auf Kreisebene durch die Schaffung ähnlicher Einrichtungen etwa in Meppen und Lingen erforderlich, meinte von Dincklage.

Ems-Zeitung 04.09.1997

Als dringend notwendig ist darüber hinaus aus Sicht der Polizei eine Verlängerung des Wohnortzuweisungsgesetzes um mindestens ein weiteres Jahr. Carsten Denneburg wies in diesem Zusammenhang auf die schwierige Lage in mehreren Kommunen des Hümmlings hin. „Wenn in Lorup zum Beispiel nur noch 50 Prozent Einheimische wohnen, kann das nicht gesund sein." Alle Integrationsbemühungen würden letztlich scheitern, wenn wieder ein neuer Zustrom von Aussiedlern in kleine Gemeinden einsetze. Frau Stief-Kreihe und der Papenburger Stadtrat Peter Raske teilten zwar diese Besorgnis, konnten den Beamten aber wenig Hoffnung machen. Sie verwiesen darauf, daß jeder Deutsche, also auch ein deutschstämmiger Aussiedler, das Recht auf freie Wahl seines Wohnsitzes habe. Die Problematik müsse allerdings im Sinne der betroffenen Kommunen erörtert und nach vertretbaren Lösungen gesucht werden.

Ems-Zeitung 04.09.1997

SPD-Politiker besuchten Polizei Papenburg / „Alkohol verstärkt Brutalität"

„Vorglühen" für Jugendliche ein normales Ausgeh-Ritual

Papenburg. Um sich über die Jugendkriminalität vor Ort, die Aussiedlerproblematik und Präventionsarbeit zu informieren, besuchten in dieser Woche SPD-Politiker die Polizeidienststelle in Papenburg. „Sorgen machen uns auch die Eltern", so eine eindeutige Aussage von Kommissariatsleiter Hans-Henning von Dincklage. Die Jugendkriminalität sei zwar nicht - entgegen anders lautender Meinungen - dramatisch angestiegen. Doch habe die Brutalität bei den verübten Straftaten erheblich zugenommen.

Einen entscheidenden Faktor nehme hier der Mißbrauch von Alkohol ein. „Vorglühen" sei für viele Jugendliche normal, bevor sie auf die Piste gehen. „Nach dem Muster ´Wer ist am ehesten voll`. Hier müßten die Eltern zur Verantwortung gezogen werden. Denn diese hätten im Emsland Alkohol immer noch nicht als Droge realisiert, so Carsten Denneburg von der Polizeiinspektion Emsland in Lingen. In vielen Fällen hatten die Jugendlichen einen ungehinderten Zugriff auf Bier und auch schärfere Getränke.

In Papenburg registrierte das Polizeikommissariat im vergangenen Jahr 138 tatverdächtige Kinder zwischen acht und 14 Jahren und 315 Jugendliche.

Daß überwiegend Aussiedler an Delikten wie Vandalismus, Diebstählen und Körperverletzungen beteiligt sind, konnten weder von Dincklage noch seine Kollegen aus Lingen bestätigen, da diese Gruppe nicht gesondert registriert werde. Schließlich seien Aussiedler deutsche Staatsbürger. Die Beamten würden es sich jedoch wünschen, eine solche Erhebung einmal durchführen zu können. „Um diesen Vorurteilen endlich entgegenwirken zu können", appellierte von Dincklage an die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe, den Papenburger Ratsherr Peter Raske, Ratsherr Anton Schippmann und den Kreistagsabgeordneten Ferdinand Saalfeld.

Als notwendig erachten die Beamten eine Verlängerung des Wohnortzuweisungsgesetzes für mindestens ein weiteres Jahr. „Es kann nicht gesund sein, wenn in einer Gemeinde wie beispielsweise Lorup nur noch 50 Prozent Einheimische wohnen", so Denneburg. Dabei sei es egal, ob es sich bei den anderen 50 Prozent um Aussiedler, Frankfurter oder andere deutsche Bürger handele.

Unsicherheitsgefühl

Von seiten der Bevölkerung sei ein wachsendes Unsicherheitsgefühl zu spüren. Gerade durch Vorfälle wie jüngst der nächtliche und äußerst brutale Überfall auf ein älteres Ehepaar in Lorup würde die Angst verstärkt. Aber nur durch Polizeipräsenz könne dem Gefühl mangelnder Sicherheit nicht entgegengewirkt werden, so der Polizeichef. Das sei mit 75 Beamten auch nicht möglich. Wichtiger halte er eine qualifizierte Ermittlung: „Die Straftäter müssen tatsächlich in Haft gebracht werden."

Ebenso wichtig erachtet er die Präventionsarbeit, die über Jahre vernachlässigt worden sei. Aber auch für eine qualifizierte Präventionsarbeit brauche man Geld, so von Dincklage. Zu einem „Runden Tisch" würden sich seit 1995 regelmäßig zwölf Vertreter von Polizei, Stadtverwaltung, Jugendpflege, Amtsgericht und Landkreis treffen, um über entsprechende Maßnahmen und Projekte zu diskutieren.

Die Forderung nach „Sicherheitswachen" - ehrenamtlich tätige Bürger, die nach dem Rechten sehen - stieß auf Skepsis. „Schwarze Sheriffs", wie sie genannt werden, würden ebenfalls Unsicherheitsgefühle entstehen lassen. Statt Geld in eine Ausbildung solcher Sicherheitswachen zu stecken, sollten lieber logistische Mittel angeschafft werden, die die Polizeiarbeit unterstützen, meint von Dincklage.

Kirsten Kaps

Sonntags Report 07.09.1997

Erfolgreicher Ausbildungsabschluß ein Schutz gegen Arbeitslosigkeit

Interview mit dem SPD-Landtagskandidaten des Wahlkreises Altkreis Aschendorf Peter Raske

Von Carsten Ammermann

PAPENBURG. Auf der SPD-Wahlkreiskonferenz für den Wahlkreis Altkreis Aschendorf wurde der 47jährige Sozialdemokrat Peter Raske mit überzeugender Mehrheit als Kandidat für den Landtagswahlkampf gewählt. Der Wecker fragte Raske nach seinen Chancen und Ziele, die der Politiker realisieren will.

Wecker: Werden Sie im nächsten Jahr von Hannover aus politisch tätig sein?

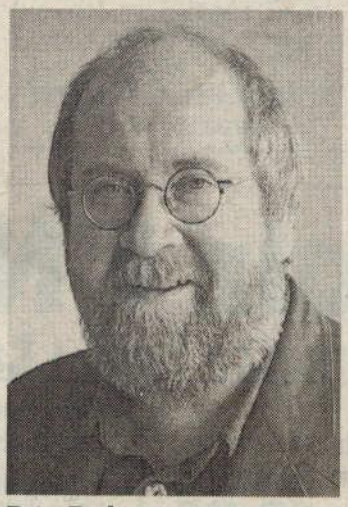
Raske: Darüber werden die Wähler entscheiden. Selbst wenn es schwierig ist, bei einer so hohen CDU-Mehrheit wie im Emsland einen Wählerumschwung zu erreichen, besteht dennoch grundsätzlich die Möglichkeit, daß ich in den Landtag komme. Ich bin der Meinung, dies würde sich für das Emsland auszahlen.

Wecker: Vor Ihrer Nominierung sagten Sie, Sie wollten sich Schwerpunktmäßig gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen. Was haben Sie bisher konkret unternommen?

Raske: Erstens setze ich mich in der SPD und in der Öffentlichkeit dafür ein, um Bewußtsein zu schaffen, daß der Staat für Arbeitslose einen neuen gemeinwirtschaftlich orientierten Beschäftigungssektor einrichtet.
Zweitens habe ich durch meine Tätigkeit in der Johannesburg und durch die Initiierung neuer Projekte und Maßnahme mit dazu beigetragen, daß Arbeitsplätze gesichert oder sogar neu geschaffen wurden.
Drittens ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit ein erfolgreicher Ausbildungsabschluß. Ich bin verantwortlich zusammen mit den Mitarbeitern der Johannesburg für rund zweihundert benachteiligte Jugendliche, die ohne die Ausbildung in der Johannesburg und ohne Förderung durch das Arbeitsamt keine Chance hätten einen Ausbildungsabschluß zu erreichen

Wecker: Auch im Emsland suchen junge Menschen noch immer Ausbildungsstellen. Haben Sie ein Patentrezept, um diese Problematik zu lösen?

Raske: Es gibt kein Patenrezept, um die schwierige Ausbildungsplatzsituation in den nächsten zehn Jahren zu lösen.



Peter Raske
Foto: Ammermann

Hierzu bedarf es gemeinsamer Anstrengung von Handwerk, Industrie und Öffentlicher Hand. Während die Handwerksbetriebe ihren Beitrag dazu leisten, vermissen ich dies bei vielen Industriebetrieben. Sollte das Entgegenkommen der Landesregierung durch Veränderungen beim Berufsschulunterricht, um den Betrieben die Auszubildenden länger zur Verfügung zu stellen, nicht greifen, müßte eine Ausbildungsplatzabgabe eingeführt werden.

Wecker: Was halten Sie vom sogenannten „Schwarzen Sheriff", der die Arbeit der Polizei unterstützen soll?

Raske: Nichts! Die Polizei hat zu Recht für ihre Aufgabe eine qualifizierte Ausbildung. Statt gering qualifizierte „Schwarze Sheriffs" einzustellen, sollte dieses Geld besser für eine Entlastung der Polizei von überflüssigen Verwaltungstätigkeiten eingesetzt werden.

Wecker: Bei der Verurteilung von Ladendieben nimmt die Stadt Papenburg ein Vorreiterrolle ein. Erwischte Täter werden zwei Tage später verurteilt. Was halten Sie von dieser Praktik?

Raske: Ich halte dies für gut. Nur wenn Menschen sofort spüren, daß sie Unrecht begangen haben, sind sie bereit sich zu ändern.

Der Wecker 14.09.1997

SPD-Bootstour durchs Emsland mit Gerhard Schröder

Prominentester Gast einer SPD-Bootstour auf der Ems bzw. dem Dortmund-Ems-Kanal von Salzbergen nach Papenburg war der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (2. von rechts), der trotz seiner Terminfülle an der Etappe von Elbergen (Altkreis Lingen) bis Varloh (Altkreis Meppen) teilnahm. Mit von der Partie waren auch die Landtagsabgeordneten Karin Stief-Kreihe und Elke Müller sowie der Landtagskandidat für Aschendorf-Hümmling, Peter Raske (von links). Mitglieder aller emsländischen SPD-Ortsvereine beteiligten sich in sechs Etappen an der 150 Kilometer langen Bootstour auf dem landschaftlich reizvollen Wasserweg. Die Tour fand anläßlich des 20jährigen Bestehens des Landkreises Emsland und der Kreis-SPD statt. Schröder zeigte sich vor allem erfreut über die wirtschaftliche Entwicklung des Emslandes. In Lingen bereitete ihm die Feuerwehr, die in den letzten Jahren durch vier Großbrände gefordert war, einen herzlichen Empfang. In Altenlingen gab er den Anstoß zu einem E-Jugend-Pokalspiel zwischen dem ASV Altenlingen und dem TuS Lingen.

Foto: Lindwehr

Ems-Zeitung 16.09.1997

Gegen Armut im Alter

Peter Raske sprach sich für eine bedarfsorientierte „Soziale Grundsicherung“ im Alter aus. Sie sollte statt der Sozialhilfe gezahlt werden.

Er veranschaulichte auf der Vorstandssitzung der SPD im Kreis Emsland, dass zukünftig noch mehr Emsländer sich an das Sozialamt wenden müssten, auch wenn sie ein ganzes Leben lang Rentenbeiträge gezahlt hätten. Ihre Rente würde nicht mehr ausreichen. Das niedrige Lohnniveau im Emsland bewirkte, dass ein Arbeiter, der in seiner aktiven Zeit im Schnitt nur 80 % des Durchschnittseinkommens verdient hatte, nach der nächsten Blüm-Reform schon ein Kandidat für das Sozialamt würde. Er bekam zwar heute noch nach vollen 40 Versicherungsjahren ungefähr 100 Mark mehr als der Sozialhilfesatz ausmachte. Setzte sich die Bundesregierung durch, wäre es nur noch genau der Sozialhilfesatz. Kommt es zur Niveausenkung durch den „Demografiefaktor“, läge die Rente unter dem Sozialhilfeniveau.

Die Sozialhilfe war eigentlich nur für Notfälle geschaffen worden. Dass ganz normale Rentnerehepaare davon einmal abhängig sein würden, war nicht im Sinne des Erfinders. Bevor jedoch die älteren Leute Sozialhilfe erhielten, müssten sie ihren Sparstrumpf aufgebraucht haben, bevor das Sozialamt zahlte. Und danach würde das Einkommen der Kinder herangezogen. „Nichts ist älteren Mitbürgern aber unangenehmer, als den Kindern zur Last zu fallen“, so Peter Raske.

Bis 1991 gab es für alle, die lange Jahre arbeiteten und dabei wenig verdienten, einen Rentenzuschlag. Das war die „Rente nach Mindesteinkommen“. Die gab es, wenn man mindestens 35 Jahre zum System „Rente“ gehörte. Damit wäre es vorbei. Die SPD im Kreis Emsland sprach sich dafür aus, dass wenigstens die „Rente nach Mindesteinkommen“ wieder eingeführt würde. Es sollte eine bedarfsorientierte „Soziale Grundsicherung“ statt der Sozialhilfe gezahlt werden. Bezahlen sollte sie der Staat für die Rentnerinnen und Rentner. Sie könnte zwar auch nicht höher sein als die Sozialhilfe. Trotzdem wäre sie viel besser, denn sie sollte über die Rente ausgezahlt werden. Man muss also nicht zum Sozialamt.